

## Wirtschaftliche Vernunft und Wirtschaftskompetenz

Der Begriff „Wirtschaftliche Vernunft“ war bisher ein Markenzeichen von OWUS. Da wir es uns nicht rechtlich schützen lassen wollten, gibt es Nachahmer. Bei manchen sehen wir dies mit Wohlwollen – z.B. im Landeswahlprogramm der LINKEN von Sachsen-Anhalt. Dass es nicht zum erwünschten Regierungswechsel gereicht hat, liegt an der Neuauflage des Verständnisses von der führenden Rolle der Partei – diesmal der SPD von Sachsen-Anhalt. Was der Thüringer SPD recht war, ist nun auch der Magdeburger SPD billig. Da kann man nur sagen – weiter so Genossen der SPD. Vorwärts mit der CDU zur plakatierten sozialen Gerechtigkeit im Lande!

Es gibt aber auch Nachahmer, da sind wir skeptisch. Die Weltagenturen meldeten Anfang April, im „Handelsblatt“ hätte Minister Brüderle die eigene Politik mit „wirtschaftlicher Vernunft“ legitimiert! Da dem Vorstand kein Antrag auf Fördermitgliedschaft in OWUS vorliegt, muss der Minister etwas anderes gemeint haben. Und siehe da – die „soziale Verantwortung“ als 2. Teil unseres Markenzeichens fehlt beim Minister (nicht bei den Linken von Sachsen-Anhalt). Es hätte den Leser sicherlich gewundert, wenn die FDP diese Verantwortung auch für Betroffene außerhalb ihres Klientels übernehmen wollte. Der Minister ergänzt seine Erkenntnis mit dem Hinweis „Die FDP muss weiter die Partei von Maß und Mitte sein. Sie hat durch ihren Kurs der Vernunft wichtige Weichenstellungen überhaupt erst möglich gemacht“ „Ohne die FDP sähe die Republik anders aus.“ Die FDP ist also das Maß der Mitte – schaut man auf die letzten Umfragewerte, dann wohl eher Mittelmaß. Wichtige Weichenstellungen hat nur die FDP ermöglicht – es wird aber nicht gesagt, wo dieses Gleis hinführt. Jeder Modelleisenbahner weiß, es gibt auch Weichenstellungen, die auf ein Abstellgleis führen. Und am Ende steht ein Prellbock, ungebremst ist der Kontakt damit sehr schmerzhaft – siehe Umfragewerte. Uneingeschränkt zustimmen muss man allerdings dem Minister, dass die Republik ohne FDP anders aussehen würde. Es gäbe evtl. einen gesetzlichen Mindestlohn (die CDU schwankt ja schon mächtig in dieser Frage), eine Steuergerechtigkeit, die hält was sie verspricht usw..

Was hat das aber nun mit uns zu tun? „Vernunft“ ist alles, was der Wirtschaft nutzt. Deshalb polemisiert der Minister gegen CDU, SPD und die Grünen – nicht gegen die LINKE. Sollte er doch etwa ...? Weit gefehlt, die LINKE taucht in seinem Weltbild erst gar nicht auf. Da sich LINKE und Wirtschaft ungefähr so gegenüberstehen wie ein Vegetarier dem Fleischerhandwerk, hat sie natürlich keinerlei Kompetenz auf diesem Gebiet. Die einzige Kompetenz ist das Ruinieren einer ganzen Volkswirtschaft, das hat die LINKE am Beispiel der DDR-Volkswirtschaft gezeigt. Das man eine Volkswirtschaft auch ohne Planwirtschaft ruinieren kann, hat gerade die Finanzwirtschaft versucht zu beweisen. Kernländer der Marktwirtschaft stehen vor dem Staatsbankrott – diese Vorstellung gab es noch nicht einmal im Parteilehrjahr. Die Frage „Wirtschaftskompetenz der LINKEN?!“ steht deshalb im Raum und muss beantwortet werden. Im Herbst soll eine Konferenz dazu mehr Klarheit bringen. Wenn die Linken Wirtschaftskompetenz haben – warum verstecken wir sie schamhaft? Da wird in der Presse monatelang über Kommunismus gestritten, da stehen sich Befürworter und Ablehner eines bedingungslosen Grundeinkommens gegenüber, in der Programmdiskussion werden messerscharfe Polemiken über philosophische Grundfragen eines demokratischen Sozialismus debattiert, als ob schon morgen eine Volksabstimmung dazu anstünde. Aber ohne eine florierende Wirtschaft geht dies nun mal alles nicht, und die neulich in einer linken Konferenz geäußerte Vorstellung, eine demokratisch-sozialistische Volkswirtschaft sei mehr handwerklich als großindustriell organisiert, erscheint sehr fraglich. Wer Science-Fiction-Filme sieht – ein Handwerker hat die Raumschiffe der Zukunft bestimmt nicht gebaut (wobei interessanterweise in diesen Filmen nicht unbedingt von Kapitalismus gesprochen wird, das hat alles etwas urkommunistisches an sich). Wo ist nun die Wirtschaftskompetenz der Linken – in drei Landesregierungen war bzw. ist die LINKE beteiligt und stellt jedes Mal den Wirtschaftsminister. Hat uns die SPD diese Ressorts als Kuckuckseier untergeschoben oder war man der Meinung, vielleicht können die es doch? Fluchtartige Absatzbewegungen der „Wirtschaft“ waren weder aus Mecklenburg-Vorpommern, noch aus Berlin oder Brandenburg festzustellen. Selbst die „Wirtschaft“ hielt ihre Wahlversprechen nicht ein und blieb im Land, offensichtlich machen die betreffenden Minister (einschließlich eines linken Finanzministers [Mitglied von OWUS!]) einen guten Job. Dazu kommen die zahlreichen Kommunalpolitiker auf den verschiedenen Ebenen. Die Partei hat also praktische Wirtschaftskompetenz, allerdings nicht im Interesse der Großkonzerne in der Industrie und im Bankensektor sowie der alles beherrschenden Medien. Dies überlassen wir den Leuten wie Brüderle & Co. Aber, liebe Freunde vom Parteivorstand und der Bundestagsfraktion (in dieser Reihenfolge) – warum versteckt Ihr diese Kompetenz? Soziale Gerechtigkeit, höhere Hartz-IV-Sätze usw. müssen finanziert werden! Und dazu braucht man WIRTSCHAFT! Dazu braucht man die vielen Tausende von kleinen und mittelständischen Unternehmen, von Solo-Selbständigen und Freiberuflern. Sie sind das Rückgrat dieser Wirtschaft. Auch ihre Interessen muss eine Partei vertreten, die zumindest in den neuen Bundesländern das ist, was man allgemein als Volkspartei bezeichnet.

Nach einem Jahr Anlauf soll nun Ende Mai eine Anhörung der Bundestagsfraktion zu den KMU stattfinden, fast zeitgleich wollen sich die wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktionen diesem Thema annehmen. Diese Anhörung sollte nicht vordergründig eine Veranstaltung gegen Finanzhaie sein, sondern auf die real bestehenden Probleme der KMU aufmerksam machen. Dazu gehören u.a. Kreditbedingungen, die Unternehmen stärken und nicht aussaugen, ein wirksamer Schutz vor kriminellen Machenschaften zahlungsunwilliger Kunden, der Zugang zu moderner Technologie, die Stärkung der Binnenkaufkraft (nur 25% der KMU sind exportorientiert), der tatsächliche Bürokratieabbau und auch die soziale Absicherung. Wenn bei der Gelegenheit auch (Zwangs)-Mitgliedschaften zur Disposition gestellt werden, wäre dies wünschenswert. Freiwilliges oder unfreiwilliges Unternehmertum ist heute für Millionen von Menschen und deren Familien in diesem Land Erwerbstätigkeit und nicht Ausbeutung der Mitarbeiter, die Selbstausbeutung ist mitunter höher als die „Fremdausbeutung“. Wenn die LINKE dies verinnerlicht, kann sie sich zur wahren Partei des Mittelstands entwickeln, wie Gregor Gysi dies bereits im Bundestag unter dem Gelächter der „wahren“ Wirtschaftsfreunde konstatiert hat. Soll ihnen das Lachen doch vergehen.

In diesem Sinne – vorwärts „Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung“!

R.S.